



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

††: Von der preußischen Grenze.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

mit dem Leben und diesen Zuständen versöhnt. Ueberall eine wüste Unordnung, ein Gemisch von unreifem Hochmuth und Verschrobenheit. Wir glauben, es kann dem deutschen Volk nicht gleichgiltig sein, so geschildert zu werden, um so weniger, da die Schilderungen nicht wahr sind, ja es würde eine nicht geringe Kunst dazu gehören, in Deutschland eine solche Fülle von Zerrbildern aufzutreiben, als dieser Roman sie aufweist. Hochklingende Worte, an denen es in der Vorrede nicht fehlt, verrathen ihre Absicht zu deutlich; wie es ihnen aber gelingen kann, trotz ihrer Hohlheit wenigstens die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehn — darüber Erklärungen zu geben, möchten wir noch gern vermeiden.

### Von der preussischen Grenze.

Daß die Kriegsbereitschaft von drei Armee-corps, unserm Bundescontingent, nicht das letzte Wort unsrer Regierung in der großen Tagesfrage sein würde, konnte sich jeder selbst sagen; wol aber mochte es manchen überraschen, daß die weitem militärischen und finanziellen Vorlagen so schnell auf die ersten folgten. Auch wir verstehen nicht, woher diese Beschleunigung kommt, da diese Maßregeln sehr viel kosten und da eine unmittelbare Betheiligung am Kriege nicht in der Absicht zu liegen scheint; aber wir glauben gern, daß der Regierung Thatsachen bekannt sind, von denen wir nichts wissen und die eine schnellere Rüstung auf alle Gefahr hin erforderlich machen. Um so nothwendiger wird es aber jetzt, wo die Action wirklich beginnt, daß unsere Regierung sich über das, was sie vorhat, unserem und dem deutschen Volk, so wie den deutschen Bundesregierungen gegenüber klar und energisch ausspricht.

Eine solche Offenheit ist jetzt doppelt nöthig, da die öffentliche Meinung, in ruhigen Zeiten freilich etwas sehr Gleichgiltiges, jetzt anfängt eine ernste und gefährliche Macht zu werden. Es liegt in dieser Erhebung des deutschen Nationalgefühls und schon in der Möglichkeit derselben etwas sehr Edles, etwas sehr Werthvolles für unsere Zukunft, und wenn wir auch nicht der Ansicht sind, daß dieselbe jetzt die richtige Strömung gefunden hat, so trägt die Schuld wahrlich nicht das deutsche Volk. Die Erinnerung an Deutschlands Schmach in den Jahren 1805—1813, die leidenschaftliche Erregung gegen den großen Friedensstörer, der unabsehbares Elend über den ganzen Continent zu bringen droht, diese Gefühle suchen nach einem thatkräftigen Ausdruck, und da die öffentliche Meinung sich stets demjenigen anschließt, der die kräftigste und entschiedenste Action entfaltet, so ist es sehr begreiflich, daß der bei weitem größere Theil des deutschen Publicums mit seinen Gefühlen dem österreichischen Heerlager folgt, dessen Fahnen wenigstens dem Anschein nach die deutsche Sache vertreten. Was man auch der österreichischen Regierung vorwerfen mag, Schwäche hat sie nicht gezeigt, und dem Starken und Entschlossenen folgt ebenso der Feige wie der Muthige.

Diese Bewegung innerhalb des Volks ist so stark geworden, daß die deutschen Regierungen, von denen ohnehin ein Theil mit dem Volk sympathisirt, ihr auf die

Länge schwerlich werden widerstehn können. Sie hat auch im preussischen Volke starken Anklang gefunden, wie wir aus der Presse sehn, die selten etwas mehr ist als ein Wärmemesser der allgemeinen Stimmung. Wenn die preussische Regierung sich nicht der Gefahr aussetzen will, willenlos in diese Bewegung mit hineingerissen zu werden, und die Schrecken des Kampfes zu theilen, ohne von seinen Früchten etwas hoffen zu dürfen, so ist es jetzt die höchste Zeit, daß sie versucht, diesem dunklen Strom des allgemeinen Gefühls eine bestimmte Richtung zu geben.

Es wird ihr das um so eher möglich sein, da die Menge über das, was sie will, bisher noch ganz im Unklaren ist. Sie ist aufgeregt und verlangt nach Action, sie haßt den Friedensförderer und verlangt dessen Sturz, wenigstens dessen Demüthigung, alles Andere ist ihr vorläufig gleichgiltig; sie hat die Folgen von 1815, die Folgen von 1849 ganz und gar vergessen. Nicht das Concordat, nicht die Angelegenheiten von Hessen-Kassel und Holstein, nicht die alten und neuen Finanzmaßregeln Oestreichs stören die Unbedingtheit ihrer Theilnahme. Wenn sich hin und wieder die Empfindung regt, daß Deutschland doch irgend einen Nutzen von dieser Krisis haben müsse, so tritt diese theils sehr schüchtern auf, theils klammert sie sich an die unglückseligen Reminiscenzen von 1847 und 48, und es ist gar nicht unmöglich, daß jene unsinnige Idee, die uns zum Gespött Europas gemacht hat, zwei Großmächte von der eschenheimer Gasse und der Paulskirche aus regieren zu wollen, von neuem aufsteucht. Möchte ein guter Geist der preussischen Regierung einen wirklich fruchtbaren Gedanken eingeben, der diese Phantome zu Boden schlägt!

Was sie in der Denkschrift beibringt, womit sie ihre Finanzmaßregeln rechtfertigt, ist freilich sehr richtig, aber lange nicht genügend. Charakteristisch bei dieser Denkschrift ist, daß sie sich mit besonderer Heftigkeit gegen das östreichische Ultimatum wendet; während im Uebrigen die Entwicklung der gegenwärtigen Krisis mit fast physiologischer Ruhe nachgezeichnet ist. Wol hat Preußen vollkommen Recht, über jenen eigenmächtigen Schritt ungehalten zu sein, der jetzt um so unbegreiflicher erscheint, da Oestreich den einzigen Zweck, den es dabei vor Augen haben konnte, die Niederwerfung Sardinien's vor Ankunft der französischen Hilfstruppen, wieder ausgegeben hat. Aber dieser Verdruß kann doch kein Motiv sein, die Politik einer Großmacht zu bestimmen, die sich zur Führung Deutschlands berufen glaubt! Welche Entscheidung Preußen auch trifft, der Mangel an Schicklichkeit in diesem letzten Schritt darf keinen Moment derselben bilden.

Preußen formulirt seine Stellung folgendermaßen: es will einmal und vor allem für den Schutz und die Sicherheit Deutschlands Sorge tragen, und zweitens über die Aufrechterhaltung der nationalen Interessen und insbesondere des europäischen Gleichgewichts wachen, sofern dieses durch den Gang der Ereignisse in Frage gestellt werden sollte. Es will die Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens.

Wenn die Störung desselben in der That einzig und allein von dem bösen Willen des Kaiser Napoleon herrührte, so bliebe die Beseitigung dieses Hindernisses zwar immer noch sehr schwierig, denn es hieße nichts Anderes, als der französischen Nation mit fremden Waffen eine neue Regierungsform aufzwingen, und was das fruchtet, hat uns die Erfahrung gelehrt; aber man sähe doch wenigstens einen geraden Weg vor sich. Dieses Vorurtheil ist aber ungegründet. Wir wollen die schwere Verantwortung des Kaisers nicht abschwächen, er hat ohne äußere Noth einen

Krieg begonnen, der Millionen von Menschen unglücklich machen wird, aber auch der schlimmste Wille auf dem französischen Thron wäre nicht im Stande gewesen, nur den Gedanken eines so furchtbaren Friedensbruchs zu fassen, wenn nicht das Ungesunde in den Verhältnissen Italiens und Deutschlands ihn dazu aufgefordert hätte. So schwer die Schuld auf dem Haupt dessen lastet, der den Krieg begonnen, ebenso schwer — wir scheuen uns nicht es auszusprechen — würde sie auf denjenigen zurückfallen, der den Krieg durch die Wiederherstellung der alten ungesunden Verhältnisse beendigen wollte.

Bisher hatte man der Sehnsucht der Italiener, frei und selbstständig zu werden, wenn man sie auch als unweise tadelte, doch wenigstens menschliches Mitgefühl gezollt; jetzt soll das Ganze plötzlich lächerlich sein. Man malt ein Volk, welches Jahrhunderte, ja fast ein Jahrtausend lang das erste Culturvolk Europas war, als eine Sammlung von Lazzaronis, Balletspringern und Murrelhierfängern aus, und wenn die officielle Begeisterung noch lange anhält, so wird man im Grafen Cavour bald einen entlaufenen Galeerensklaven sehen, der schon im Mutterleibe verschiedene Todsünden getrieben und seitdem fortgefahren hat, die Welt durch namenlose Verbrechen in Erstaunen zu setzen. Wir können mit unsern Gefühlen und Ueberzeugungen nicht so schnell wechseln. Wir finden das Streben der Italiener, einen eignen Staat zu gründen, und ihre Neigung, günstige Conjunctionen zur Durchführung dieses Strebens zu benutzen, sehr begreiflich, und wenn Graf Cavour jetzt ein sehr verwegenes Spiel zu treiben scheint, so wird ihn die Nachwelt vielleicht einen entschlossenen Staatsmann nennen. Man spöttelt über die Italiener, daß sie sich von Jesuiten und Mönchen gängeln lassen: wen hat denn Sardinien seit Jahren bekämpft als grade diese Mönche und Jesuiten, und wer hat dieselben anders gestützt als Oestreich? — Wir finden ferner, daß Deutschland nicht bloß nicht das geringste Interesse dabei hat, daß Oestreichs Hegemonie in Toscana, Modena, dem Kirchenstaat u. s. w. erhalten bleibe, sondern daß es vielmehr das größte Interesse hat, daß diese Hegemonie aufhöre, weil sie uns fortwährend in die unseligsten Verwickelungen reißt. Ja Oestreich selbst könnte nichts Glücklicheres begegnen, als dieser Bürde ledig zu sein, es würde dann allmählig an die Regelung seiner Finanzen denken können.

Indessen ist das ein Punkt, den Oestreich mit sich selber ausmachen möge.

Der zweite Umstand, der den Krieg möglich macht, sind die unklaren deutschen Bundesverhältnisse. Wenn dem Kaiser Napoleon nicht bekannt wäre, daß seit zehn oder elf Jahren Preußen nichts Eifrigeres betrieben hat, als Oestreich in dem Vorhaben zu bekämpfen, die nämliche Rolle in Deutschland zu spielen, die es in Italien spielt; daß die eigenthümliche Verfassung Deutschlands bei jedem ernstern Collisionsfall fast jede Frage unbeantwortet läßt; daß für die Fortdauer der gegenwärtigen Zustände im Grunde niemand schwärmt, so würde er diesen Krieg nicht gewagt haben. Die öffentliche Meinung Deutschlands hat freilich ganz Recht, daß diese innern Mißhelligkeiten uns nicht abhalten dürfen, uns bis auf den letzten Blutstropfen gegen den Uebermuth unserer Nachbarn zu vertheidigen, aber sie übersieht dabei den entscheidenden Umstand. Diese Vertheidigung kann nur dann mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn gleichzeitig diejenige Reform unserer Bundesverfassung stattfindet, die unumgänglich nöthig ist. Für die Durchführung dieser Reform ist ferner der gegenwärtige Augenblick der günstigste, ja vielleicht der einzig

mögliche; geht er vorüber, so ist der gegenwärtige Zustand ins Unendliche verlängert. Es kann in diesem Augenblick sämmtlichen Betheiligten, Oestreich, den deutschen Fürsten und dem deutschen Volke nachgewiesen werden, daß sie bei der bloßen Erhaltung des Bestehenden ihre Rechnung nicht finden. Was hat Oestreich im Augenblick der Gefahr von seinem Bundespräsidium für einen Nutzen? Es wäre ihm heilsamer gewesen, wenn es statt dessen mit seinen gesammten Staaten in den Bund eingetreten wäre und dafür den engeren Bund hätte gewähren lassen. Was es von Deutschland braucht, ist Hilfe in der Noth, was es weiter darin sucht, wird es nicht finden, es wird sich nur versteckte Feinde machen, wo es seine natürlichen Bundesgenossen hätte. Die deutschen Fürsten verlangen im deutschen Bunde, und zwar mit Recht, Sicherung gegen die äußern Feinde, Sicherung gegen innere Unruhen; das deutsche Volk verlangt Garantie seiner Rechte: beiden thut also ein Bundesgericht Noth, das nach beiden Seiten unabhängig sei. Am schlimmsten ist es aber mit der freien Entwicklung unserer Nationalkraft bestellt. So lange wir keine Flotte haben, sind wir nicht einmal Dänemark gewachsen, jeder Krieg läßt unsere Küsten wehrlos. Preußen allein kann eine Flotte nicht halten, theils weil die Mittel ihm dazu fehlen, theils weil es keine Häfen hat. So lange uns Hannover jeden Augenblick vom Jahdebusen abschneiden kann, ist unsere Flotte nur ein theures Spielzeug. Deutschland kann keine Flotte halten, so lange es keine gemeinsame Exeutive hat.

Wird nun Preußen den gegenwärtigen Augenblick dazu benutzen, mit seinen Vorschlägen an seine Bundesgenossen zu treten? In diesem Fall ist allerdings noch ein Schritt nöthig: es muß durch die Sicherheit seiner innern Verhältnisse Deutschland Vertrauen einflößen. Deutschland, welches, und zwar nicht mit Unrecht, seit zehn Jahren mit Preußen grollte, hat die Wiederherstellung des Rechtszustandes mit großer Sympathie begrüßt, aber es ist noch unsicher — und auch darin können wir ihm nicht Unrecht geben — ob dieser Zustand Dauer verspricht. In ruhigen Verhältnissen hätte sich alles von selbst entwickelt, die jezige Krisis fordert energische Maßregeln. Die Reaction, aus der Regierung verdrängt, hat ihren Mittelpunkt im Herrenhause gefunden und führt gegen das Ministerium einen rücksichtslosen Kampf, der selbst durch die Noth der letzten Wochen nicht unterbrochen wird. In der Regierung besteht ein Dualismus, der jedes kräftige Auftreten Preußens fast ebenso unmöglich macht, wie die Cabinetskrisis ein kräftiges Auftreten der englischen Regierung. Der Gutgesinnte erweckt Sympathien, aber nur der Starke beherrscht die Situation. Preußen ist stark, sobald es will. Wagt es den entschiedenen Bruch mit der Reaction, stellt es durch die gesetzlichen Mittel, die ihm die Verfassung bietet, die Einheit der Regierung her und tritt dann in voller Rüstung in den Kampfschauplay, so wird es keine diplomatischen Künste nöthig haben, um alle Kräfte um sich zu sammeln, deren gutem Willen nur die Einwirkung eines mächtigen und zugleich guten Willens fehlte. Wagt es das nicht, dann bleibt uns nur der bescheidene Wunsch, daß diese Krisis nicht mit unserm völligen Ruin endigen möge.

† †

Verantwortlicher Redacteur: D. Moriz Busch — Verlag von F. A. Herbig  
in Leipzig.

Druck von C. G. Elbert in Leipzig.